

A u f z e i c h n u n g

über die Gespräche von Herrn Botschafter P.R. Jolles, Direktor der Handelsabteilung, mit Vertretern der niederländischen Regierung und hohen Beamten in Den Haag, am 5. Juni 1978.

Die niederländischen Gesprächspartner waren die Herren Aussenminister C.A. van der Klaauw; Entwicklungsminister J. de Koning; K.H. Beyen, Staatssekretär im Wirtschaftsministerium; F. Italianer, Generalsekretär MAE; L.H.J.B. van Gorkom, Generaldirektor für Internationale Zusammenarbeit MAE; Professor H.C. Posthumus Meyjes, Generaldirektor für Europäische Zusammenarbeit MAE; G.A. Posthumus, stellvertretender Generalschatzmeister (Finanzministerium) und Professor F. van Dam, Chef des Bureaus Politische Vorbereitung.

Ferner waren an den Sitzungen bzw. gesellschaftlichen Anlässen anwesend die Herren M.H.J.Ch. Rutten, Generaldirektor für politische Angelegenheiten MAE; Baron M.W.H. Collot d'Escury, niederländischer Botschafter in Bern; H.J. du Marchie Sarvaas, stellvertretender Direktor der Europaabteilung MAE; Botschafter A. Fischli und C.H. Bruggmann (Protokoll).

A. Einzelgespräche

Anlässlich seiner Höflichkeitsvisite beim Aussenminister erläuterte Herr Jolles die Themen, die er in den nachfolgenden Gesprächen zu behandeln beabsichtigte. Im weiteren verwies er darauf, dass trotz verschiedener politischer Situierungen die makro-ökonomischen Interessen der beiden Länder doch sehr ähnlich seien : beides sind liberale Welthandelsländer, beide haben eine harte Währung und einen Zahlungsbilanzüberschuss. Herr van der Klaauw nahm Herrn Jolles Ausführungen mit Interesse zur Kenntnis und bestätigte, dass er im Spätherbst Bern besuchen werde.

./.

Das Gespräch mit Staatssekretär Beyen beginnt mit einem Ueberblick über die Wirtschaftslage der beiden Länder. Herr Beyen legt dar, dass der niederländische Zahlungsbilanzüberschuss nach wie vor von der Erdgasausfuhr her stammt. Um die Exportindustrie ist es nicht gut bestellt : es werden zu wenig Spitzenprodukte hergestellt und die Arbeitskosten sind hoch. Die Regierung versucht mit Massnahmen verschiedener Art (Inflationsbekämpfung, Investitionsbeihilfen, Aufklärung etc.) die Konkurrenzfähigkeit des Landes zu verbessern.

Herr Jolles bemerkt, dass es der schweizerischen Exportindustrie gelungen ist, ihre Stellung zu halten, allerdings auf Kosten der Gewinnmargen. Herr Beyen stellt die Frage, ob die Schweiz die Wechselkursversicherung subventioniere. Herr Jolles verneint und erklärt unser System, wonach für Wechselkursversicherung die doppelte Prämie zu entrichten ist.

Zu den Anregungen Bundeskanzler Schmidts über neue Formen der europäischen Währungszusammenarbeit meint Herr Beyen, dass diese der Substanz entbehren. Er gibt also Plänen zur Erweiterung und Festigung des europäischen Währungsverbundes wenig Chancen, findet aber die bestehende "Schlange", trotz ihrer beschränkten Tragweite, nützlich. Ein europäisches System ohne Verwendung des Dollars scheint ihm nicht realisierbar. Wichtiger als eine Euro-Lösung scheint ihm die Lösung des Dollarproblems.

Vom Bonner Gipfel erwartet Herr Beyen nichts Dramatisches. Sorge macht ihm - wie auch Herrn Jolles - der Druck auf die Ueberschussländer, besondere Massnahmen zur Förderung des Wachstums zu ergreifen. Herr Beyen bezweifelt die Zweckmässigkeit einer besonderen Stimulierung für die Niederlande, gibt aber zu, dass sein Land notgedrungen ermassen mithalten müsste, falls die Bundesrepublik Deutschland auf Wachstumskurs geht. Er glaubt, dass Bonn tatsächlich "etwas" unternehmen wird. Herr Jolles bemerkt hierzu, dass man sich auch in der Schweiz überlege,

was man tun könnte. Fiskalmassnahmen wären wahrscheinlich wenig wirksam. Schlüssel zum Wachstum ist die Investierung und dieser sind durch die Angst vor dem Protektionismus und die unstablen Währungsverhältnisse Grenzen gesetzt. Wichtig ist daher, dass der Bonner Gipfel sich betont gegen den Protektionismus ausspricht.

Dieselbe These vertritt Herr Jolles in seinem Gedankenaustausch mit Entwicklungsminister de Koning. Die vom Bonner Gipfel abzugebende Erklärung sollte ein starkes Kapitel über monetäre Zusammenarbeit und gegen den Protektionismus enthalten. Zur Frage der Investitionen in Entwicklungsländern begrüsst Herr Jolles ein diesbezügliches OECD-Papier, das zwei brauchbare Gedanken enthält, nämlich das Prinzip der gemeinsamen Verantwortung und dasjenige der Investitionsförderung durch Garantien, Kapitalerhöhung der internationalen Finanzinstitute und Verwendung von ODA zur Projektvorbereitung. Ohne Garantien ist kein schweizerisches Geld zu haben. Was die offizielle Entwicklungshilfe anbelangt, ist in der Schweiz ein Stimmungswechsel festzustellen, der zur Folge haben wird, dass in Zukunft die Schweiz mehr leisten wird als bisher.

Herr de Koning pflichtet bei, dass das Investment wichtig ist und dass man es nun durch mehr Sicherheit, also Garantien stimulieren kann. Investitionen sind aber kein Ersatz für ODA. Diese sollten wohl ungebunden sein, aber die Niederlande haben mit einer freien Quote von 40 % das Maximum des praktisch Möglichen erreicht.

Herr Jolles hält die Koordination der Entwicklungspolitiken in der OECD für ungenügend und erkundigte sich nach der Tätigkeit der "Gruppe der Gleichgesinnten". Herr van Gorkom entgegnet, dass diese Gruppe nicht überschätzt werden sollte und erklärt sich bereit, die Schweiz über die Vorgänge in diesem Gremium auf dem laufenden zu halten.

Themen des Gesprächs mit Generalsekretär Italianer sind der Bonner Gipfel und die europäische Integration. Beide Herren sind sich darin einig, dass die Beschlüsse der Gipfelkonferenzen der Grossmächte sich noch mehr auf die wirtschaftlich international verflochtenen kleineren Staaten auswirken können als auf die Grossen selbst und bezeichnen diesen Zustand als unbefriedigend.

Betreffend die schweizerische Rolle im europäischen Integrationsprozess erläutert Herr Jolles die These, wonach die Freihandelsverträge mit den EFTA-Staaten nicht als statische Lösung zu betrachten sind, sondern vielmehr als Grundlage für eine dynamische Zusammenarbeit. Aktuelle Gebiete sind Wirtschaftsankurbelung, monetäre Zusammenarbeit und Währungsstützungsmassnahmen. Die zweite Vergrösserung der EG wird einmal mehr auf Kosten der Vertiefung erfolgen, was zu Schwierigkeiten führen dürfte. Dennoch sollte eine pragmatische Zusammenarbeit Schweiz-EG möglich sein (Versicherungswesen, Umweltschutz, COST).

Herr Italianer bemerkt hierzu, dass sich die EG-Länder zuerst intern einigen müssen, bevor sie mit Aussenstehenden verhandeln können, es ist aber nichts dagegen einzuwenden, dass die Schweiz und andere EFTA-Staaten bei der EG Begehren für weitergehende Zusammenarbeit anmelden.

B. Die Arbeitssitzung

Auf niederländischer Seite : die Herren Posthumus Meyjes, Posthumus (Finanzministerium), van Gorkom und van Dam; auf schweizerischer Seite : Herr Jolles.

1. OECD-Ministertreffen : "Concerted Action".

Herr Jolles : Die drei grossen Treffen dieses Sommers (OECD, EG in Bremen und Bonn) haben denselben Zweck :

konzertierte Förderung des Wirtschaftswachstums. Im Wirtschaftspolitischen Komitee der OECD sah man, was für Forderungen gestellt werden : Die Niederlande sollen ihr Wachstum von $2 \frac{3}{4} \%$ auf $4 \frac{1}{2} \%$ des Bruttonationalprodukts erhöhen, die Schweiz das ihrige von $2 \frac{1}{4} \%$ auf $4 \frac{1}{2} \%$. Da die Wachstumsperspektiven bereits herunterrevidiert worden sind, besteht eine Diskrepanz zwischen der Realität und dem Ziel.

Nach schweizerischer Auffassung ist ein zusätzliches Wachstum wünschenswert, das man gerne stimulieren möchte. Aber : Wachstum hängt von den Investitionen ab und diesen sind durch die monetäre Instabilität und die Angst vor dem Protektionismus Grenzen gesetzt. Die Antwort auf das Stimulationsbegehren sollte daher heissen : Zustimmung, sofern damit Grundlagen für ein reales Wachstum geschaffen werden. Dies bedeutet eine klare Verpflichtung zur Offenhaltung der Märkte, zu Anpassungsbestrebungen und zur Verbesserung der monetären Stabilität.

Die Schweiz untersucht zur Zeit wirtschaftsbelebende Massnahmen, die sie ergreifen könnte. Die Möglichkeiten sind beschränkt, aber man denkt an die Herabsetzung der direkten Steuern, Verschiebung der Einführung der Mehrwertsteuer. Vielleicht kommt es auch zu Innovationsbeihilfen.

Herr Posthumus Meyjes : Ueber die "concerted action" wird sowohl in der OECD als auch in der EG gesprochen. Die Kommission hat auf Grund ihrer Untersuchungen festgestellt, dass man von den Niederlanden eine zusätzliche Stimulierung von 1% des Bruttonationalprodukts über zwei Jahre verteilt erwarten könnte. Ob die Niederlande, denen wegen ihrer ungünstigen Konkurrenzlage eine Belebung der Weltwirtschaft wenig einbringen würde, zusätzliche Ankurbelungsmassnahmen ergreifen werden, hängt ganz von dem ab, was die Bundesrepublik tun wird.

Die Niederlande geben der EG den Vorrang über die OECD. Eine erfolgreiche Koordination auf makro-ökonomischer Ebene wäre ein wichtiger Beitrag und zudem ein grosser politischer Pluspunkt für die Gemeinschaft.

2. Fragen der monetären Zusammenarbeit.

Herr Jolles : Ein noch grösserer Erfolg für die EG wäre ein Beitrag auf monetärem Gebiet. Was sind Schmidts Absichten? Von unseren Kontakten in Bonn wissen wir, dass die Bundesrepublik die Initiative als Euro-Operation betrachtet und nicht etwa als ein atlantisches Manöver im Hinblick auf den Bonner Gipfel. Die hohen deutschen Beamten meinen anscheinend, auf Grund der mit der "Schlange" gemachten Erfahrungen, dass die monetäre Koordination noch vor der Konvergenz der Wirtschaftspolitiken stattfinden könne. Dennoch erwarten sie, abgesehen vom Publizitätswert, wenig vom Bonner Gipfel. Hingegen glauben sie, dass es in etwa einem Jahr, nachdem sich der franz. Franken beruhigt hat, möglich sein wird, auf der "Schlange" aufzubauen. Von der "Boa" mit ihren Finanzierungsmechanismen halten sie wenig.

Die schweizerische Auffassung ist, dass die "Schlange" eine brauchbare Konstruktion ist, die "Boa" aber kaum realisierbar sein dürfte (zu viel Intervention und Spekulation). Wir befürworten eine Stabilisierung in Europa, bezweifeln aber, dass die Reserverolle des Dollars reduziert werden kann. Wir sind nicht an einer Konversion von Dollarguthaben in andere Währungen interessiert.

Kommt ein lebensfähiges europäisches Stabilisierungssystem zustande, wäre die Schweiz bereit, sich daran zu beteiligen.

Herr Posthumus Meyjes : Auch in den Niederlanden weiss man nichts Näheres über Schmidts Absichten. Es gibt noch viele ungelöste Fragen, z.B. die Art der Interventionen (Dollars oder europäischer Währungskorb). Kann man die europäische Zusammenarbeit vom Dollar trennen? Derartige Fragen werden an der Konferenz von Bremen zur Sprache kommen. Vielleicht wird in Bonn die Bundesrepublik mit den Vereinigten Staaten einen Handel schliessen, man weiss es nicht. Benunruhigend sind jedenfalls die Gerüchte, wonach Frankreich, Grossbritannien und die Bundesrepublik im Begriff sind, in aller Stille einen Plan auszuarbeiten.

3. Nord-Süd- und andere Entwicklungsfragen.

Herr van Gorkom : Es ist notwendig, in den Entwicklungsländern mehr Nachfrage zu kreieren. Mittel dazu sind mehr staatliche Entwicklungshilfe, mehr Investitionen und neue Sonderziehungsrechte. Die Niederlande werden anlässlich der OECD-Ministerkonferenz auf diesen Punkt zu sprechen kommen.

Die Entwicklungsländer brauchen einen Devisenzuschuss von \$ 30 mia pro Jahr, um importieren zu können. Da die Niederlande die obere Grenze ihrer ODA-Leistungen erreicht haben, wären sie für die Schuldenentlastung.

Herr Jolles : Was versteht man unter "massivem Ressourcetransfer"? Ist es ODA, kann die Schweiz nicht mithalten. Sind es Privatinvestitionen, dann ja. Die Schuldenentlastung ist eine geeignete Hilfe an die ärmsten Entwicklungsländer; gegenüber den Fortgeschritteneren wäre sie falsch, da sie ihre Kreditwürdigkeit untergraben würde.

Herr van Gorkom betreffend das UN-Gesamtkomitee : Dieses sollte, was konkrete Fragen anbelangt, den Fachgremien Impulse erteilen, nicht selbst darüber verhandeln. Hingegen sollte es zu einem Konsens über die Wachstumsförderung

kommen. Die industrialisierten Staaten sollten von ihrer Demendeur-Stellung abrücken und nach einem neuen Ausgangspunkt suchen. In New York wurde das Zusammentreten einer kleinen Gruppe in Paris angeregt, die die "Zusammenfassung des Vorsitzenden" redigieren würde. Diese Anregung könnte en marge des ECOSOC-Treffens, im CES und mit den "77" besprochen werden.

Herr van Dam : Die "77" erwarten etwas; man sollte sie nicht enttäuschen. Man sollte Themen finden, die Aussicht auf erfolgreiche Behandlung haben, z.B. Zugang zu den Kapitalmärkten und Technologietransfer. Mit der Preisstabilisierung der Rohstoffe und der Industrialisierung bringt man es zu nichts.

Herr Jolles : Ist im allgemeinen einverstanden. Die Schwierigkeit liegt in der Darstellung der Ergebnisse. Es muss etwas Greifbares vorliegen.

4. Beziehungen Schweiz-EG.

Herr Jolles : Man muss nicht nur das Erreichte bewahren, man muss nach neuen Gebieten der Zusammenarbeit suchen, um den dynamischen Charakter des Verhältnisses zu wahren. In Fragen der Wirtschafts- und Geldpolitik sollte man einander konsultieren.

Die beidseitigen Anstrengungen zur Bekämpfung des Protektionismus haben bei den Textilien Erfolg gehabt, bei den Stahlprodukten hapert es noch auf der Exportseite. Exporthemmnisse sollten generell abgeschafft werden.

Anlässlich der kürzlichen EFTA-Ministerkonferenz kam ein allgemeiner Wunsch zur Koordination und Belebung der Bestrebungen mit der EG zum Ausdruck.

Eine skandinavische Idee, innerhalb der EFTA die Sicherheitsklauseln abzuschaffen, findet in der Schweiz Anklang. Interessant wäre es, einen Schritt weiter zu gehen und die analogen Klauseln in den Freihandelsverträgen EFTA-Staaten-EG ebenfalls ausser Kraft zu setzen.

Die neuen Prüfungsvorschriften der EG für Pharmazeutika sind ein Handelshemmnis. Dem im Rahmen der EFTA geschaffenen Abkommen zur Beseitigung der Nachanalysepflicht (PIC) sind seither auch Irland und Ungarn beigetreten. Die Bundesrepublik denkt daran. Könnten die Niederlande ihm auch beitreten? Andernfalls könnte man sich auch bilateral einigen.

Herr Posthumus Meyjes kann auf Herrn Jolles Anregungen nicht sofort eintreten. Er befürwortet eine erweiterte Zusammenarbeit, glaubt aber, dass es für die Gemeinschaft als solche schwierig wäre, zu konsultieren. Das sei vielmehr Sache der Kommission.

Bei den Sicherheitsklauseln sollte man zuerst sehen, was im GATT geschieht; wird dort nichts erreicht, könnte man auf die Sache zurückkommen.

Das Abkommen betreffend Pharma-Inspektionen (PIC) ist ihm nicht bekannt; er wird sich darüber orientieren.



SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFT
IN DEN NIEDERLANDEN

Den Haag, den 15. Juni 1978
42, Lange Voorhout
Tel. 642831/32

Ref.: 331.0 sd - CB/Im

Nd 821 MM

Herrn Botschafter Paul R. Jolles
Direktor der Eidgenössischen
Handelsabteilung

3003 B e r n

Herr Botschafter,

Beiliegend übermittle ich Ihnen die Aufzeichnung,
die Herr Bruggmann über Ihre Gespräche vom 5. Juni in
Den Haag verfasst hat.

Ich halte es für sehr erfreulich, dass Sie die
Gelegenheit hatten, so vielen hiesigen führenden Persön-
lichkeiten den schweizerischen Standpunkt zu Fragen, die
beide Länder interessieren, darzulegen. Der Eindruck ist
nicht ausgeblieben. Dennoch glaube ich feststellen zu
können, dass auch bei gleichgelagerten Interessen die
Holländer wegen ihrer Zugehörigkeit zur EG und anderen
Organisationen, die Dinge durch eine etwas anders ge-
färbte Brille sehen als wir.

Kopie dieses Schreibens geht an das Integrations-
bureau mit der Bitte, gegebenenfalls die Verteilung der
Beilage zu übernehmen.

Ich versichere Sie, Herr Botschafter, meiner vor-
züglichen Hochachtung.

Der Schweizerische Botschafter :

(A. Fischli)

Beilage :
erwähnt